

Editorial

Eine Welt im dramatischen Umbruch: Wo man hinschaut ist der Status quo unseres auf Wachstum fixierten Wirtschaftens in Frage gestellt: die anhaltende Finanzmarktkrise, die ganze Länder in den Ruin treibt, die Katastrophe von Fukushima und die – zumindest in Deutschland – beschlossene Energiewende, das absehbare Ende des billigen Erdöls (»Peak Oil«), dem Treibstoff unserer Konsumgesellschaft, der Klimawandel, der offenbar völlig ungebremst stattfindet – und die Zahl der Hungernden, die wieder die Grenze von einer Milliarde erreicht hat, nicht zuletzt »dank« perfider Finanzwetten an den Börsen auf den Hunger in der Welt. Miteinander verwobene Aspekte eines globalen Scheiterns des »fossilen Kapitalismus«, die ein blindes »Weiter so!« verbieten. Die Welt steht vor einem Umbruch, wie er tiefgreifender nicht sein könnte. In zunehmendem Maße wird deutlich, dass neue Formen von Zusammenarbeit erforderlich sind, um den globalen Herausforderungen zu begegnen.

Und was macht die Politik? Sie verhandelt und verhandelt – aber handelt nicht. Angesichts der Rat- und Tatenlosigkeit der politischen Systeme melden sich Bürgerinnen und Bürger überall auf der Welt energischer selbst zu Wort. Ungeduld und Empörung machen sich breit, weil die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft die Zeichen der Zeit offenbar nicht erkennen wollen.

Dies gilt in besonderem Maße auch für die Landwirtschaft und das bisherige agrarindustrielle System der Ernährung. »Wir haben es satt!« So lautet der Slogan einer Bewegung, die 2012 erneut zur großen Protestkundgebung nach Berlin gerufen hat. Ein breites gesellschaftliches Bündnis, an dem auch die Mitglieder des AgrarBündnisses aktiv mitwirken.

Die Botschaft der Protestbewegung, aber auch die über Jahre ausgearbeiteten konkreten Konzepte für eine »andere Landwirtschaft« scheinen mittlerweile in Brüssel angekommen zu sein.

Diesen Eindruck zumindest hinterlässt der Vorschlag für eine grundlegende Reform der europäischen Agrarpolitik, den EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș im Oktober 2011 vorgelegt hat. Erstmals war im Vorfeld die Zivilgesellschaft aufgefordert, die Neuausrichtung der Agrarpolitik mitzugestalten. Und in der Tat: Vieles von dem, was auch die Verbände des AgrarBündnisses seit Jahren fordern, findet sich in dem Reformvorschlag der Kommission wieder.

Grüner und gerechter soll es zugehen: So sollen die Bauern einen Teil ihrer Direktzahlungen nur dann erhalten, wenn sie bestimmte Umweltmaßnahmen durch-

führen (»Greening«). Die Zahlungen an Großbetriebe und Großgrundbesitzer sollen begrenzt und in ihrer Höhe generell an soziale Leistungen wie die Schaffung und den Erhalt von Arbeit gekoppelt werden. Auch wenn vieles im Detail noch zu korrigieren sein wird: »Die Richtung stimmt«, »Ein erster wichtiger Schritt ist getan« – so lauten die ersten Einschätzungen vieler Verbände des AgrarBündnisses.

Andere Teile des Vorschlags lassen hingegen erhebliche Zweifel aufkommen, wie ernst es der EU-Kommission mit ihrem Reformvorhaben ist. Mehr Tierschutz in den Ställen zum Beispiel ist nicht in Sicht. Auch an der Exportförderung hält die Kommission unvermindert fest, wohl wissend, dass dadurch die Märkte in den Ländern des Südens massiv gestört und die Ernährungssituation der armen Menschen eher prekärer als besser wird.

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, die positiven Reformansätze gegen die Kritiker aus den Reihen des Bauernverbandes und der bisherigen Profiteure des Systems zu verteidigen und *gleichzeitig* auf erhebliche Nachbesserungen zu drängen. Beides wird nur möglich sein, wenn es den Fachleuten aus der Agraropposition, wie sie sich in diesem Agrarbericht vielstimmig zu Wort melden, zusammen mit dem breiten Bündnis besorgter Bürgerinnen und Bürger gelingt, sich in Berlin und Brüssel Gehör zu verschaffen.

»Zusammen arbeiten – für eine andere Landwirtschaft« ist daher nicht nur der hoch aktuelle Themenschwerpunkt dieses Kritischen Agrarberichts, sondern auch das Motto für die Debatten der nächsten Monate.

Unser Dank gilt den zahlreichen Autorinnen und Autoren aus dem In- und Ausland, die mit ihrer Arbeit zu dem Gelingen dieses agrarpolitischen Jahrbuchs beigetragen haben. Dank gebührt ferner den Stiftungen und Organisationen, die durch ihre finanzielle Unterstützung die Arbeit am Kritischen Agrarbericht ermöglichen. Auf dieser »Zusammenarbeit für eine andere Landwirtschaft« beruht der Kritische Agrarbericht!

Für die Redaktion:

Manuel Schneider, Andrea Fink-Keßler, Friedhelm Stodieck

Für den Vorstand des AgrarBündnisses:

Heidrun Betz, Siegfried Jäckle, Friedrich Ostendorff, Friedrich von Homeyer, Bernd Voss

München, im Dezember 2011